

Szenische Lesung

zum Jahrestag der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 29. April 2016 im Unionsbräu in München

Mit Dr. Markus Schmalzl und Dr. Georg Schulz

Mai 1945. Bayern ist von den Jahren des Zweiten Weltkriegs tief gezeichnet.

Die Großstädte liegen in Schutt und Asche. Mehr als 280.000 Soldaten und Zivilisten haben ihr Leben verloren. 200.000 bayerische Soldaten sind vermisst oder in Kriegsgefangenschaft. Unzählige sind kriegsversehrt oder verwundet. Die Gesellschaft ist zerrissen zwischen Tätern und Opfern des NS-Regimes. Zehntausende waren auch in Bayern aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen verfolgt, misshandelt oder getötet worden.

Hunderttausende Flüchtlinge sind aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Bayern geflohen – bis 1949 sollten es fast zwei Millionen werden. Überall mangelt es am Notwendigsten, an Lebensmitteln, Brennstoffen und Wohnraum.

Die gewaltige Aufgabe, diese Notlage zu lindern, fiel Albert Roßhaupter zu. Nur wenige Wochen nach Kriegsende, am 20. Mai 1945, hatte die amerikanische Militärregierung eine provisorische bayerische Regierung berufen. Ein eigenes Arbeitsressorts sollte sich um Fragen der Kriegsopfer- und Hinterbliebenenversorgung, um Unterstützungszahlungen für die sozial Schwachen und um neuen Wohnraum kümmern. Mit der Leitung dieses Ressorts wurde Albert Roßhaupter beauftragt, der bis 1947 im Amt blieb. Unter den Ministerpräsidenten Schäffer, Hoegner und Ehard erarbeitete er sich rasch den Ruf eines Ministers der kleinen Leute.

Roßhaupters Leistung als Minister verlangte auch dem politischen Gegner höchsten Respekt ab. Zeitweise wurde er gar selbst als bayerischer

Ministerpräsident gehandelt. Auch sein Nachfolger im Amt, der CSU-Mann Heinrich Krehle, würdigte 1949 die Arbeit des Sozialdemokraten Roßhaupter:

„Der Name Albert Roßhaupter wird in der Geschichte der bayerischen Sozialpolitik immer an hervorragender Stelle stehen. Sein großes Wissen und vor allem sein warmes, für die Not der Armen und Hilfesuchenden stets schlagendes Herz, seine ehrliche, in der Praxis immer wieder gezeigte wahre demokratische Grundhaltung wird diesem ausgezeichneten Menschen ein dankbares Gedenken von Millionen sichern.“¹

Im Mai 1945 stand Roßhaupter freilich zunächst vor gewaltigen Aufgaben und hatte mit enormen Problemen zu kämpfen. Um diese bewältigen zu können, hätte es eines breiten Behördenaufbaus mit ausreichend Personal und finanziellen Mitteln bedurft. Da viele Ministerialbeamte aber entlassen wurden, bis sie entnazifiziert waren, musste Roßhaupter das neue bayerische Arbeitsministerium quasi aus dem Nichts aufbauen; während die bayerische Bevölkerung sich auch wegen vieler alltäglicher Probleme hilfeschend an ihn wandte, wie Roßhaupter im Mai 1946 der Süddeutschen Zeitung gestand:

„Oja! Ich bin im bayerischen Volke ziemlich gut bekannt und nicht allein bei den Arbeitern. Weite Kreise scheinen mein Ministerium als Mädchen für alles anzusehen.² Das Personal bestand zu Beginn [aber] nur noch aus einem Hausmeister, einem Heizer und – vier Putzfrauen. Mit [einer Ausnahme] mussten alle Beamten entlassen werden. Unter aufopferungsvoller Mitarbeit einiger weniger Kräfte ist das Ministerium dann aufgebaut worden.“³

Zugute kam Roßhaupter dagegen, dass er bei den für sein Ressort entscheidenden Vertretern der amerikanischen Militärregierung – alte Gewerkschafter wie er selbst – mit seinen sozialpolitischen Vorstellungen schnell Gehör fand und rasch ausgezeichnete Beziehungen zu diesen aufbauen konnte. Ausgestattet mit einem dann schnell anwachsenden Ministerialapparat gelang es Roßhaupter so, bis 1947 einige für die bayerische Sozialpolitik wegweisende Projekte umzusetzen und insbesondere ein neues

¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MF 77628, Zeitungsausschnitt mit Nachruf von Heinrich Krehle.

² SZ 14.12.1945 Nr. 21 „Der Minister des kleinen Mannes“.

³ SZ 20.06.1946 Nr. 50 „Ein Jahr Arbeitsministerium“.

Sozialversicherungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die Bedeutung, die er diesem Projekt beimaß, und seine Probleme dabei verdeutlichte er am 29. Januar 1947 im Bayerischen Landtag folgendermaßen:

„Meine Damen und Herren! Täuschen wir uns nicht: Die Lage unseres Landes – und wenn es einmal sein sollte – die Lage Deutschlands wird nicht mehr gestatten, eine Kriegsopferversorgung wie nach dem Ersten Weltkrieg vorzusehen. Sie stehen heute vor der Tatsache, dass Sie nicht nur die Opfer des ersten, sondern auch die weit größeren Opfer des zweiten Weltkriegs zu versorgen haben. Darüber hinaus dürfen Sie nicht vergessen, dass das Land und eventuell das Reich ungeheure Mittel werden aufwenden müssen, um das Los der Flüchtlinge und Ausgewiesenen auch nur einigermaßen unserem eigenen Los anzugleichen. Wir dürfen darüber hinaus nicht vergessen, dass wir auf Jahre hinaus mit sehr erheblichen Besatzungskosten rechnen müssen. Wir werden weiter mit erheblichen Aufwendungen für den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte zu rechnen haben. Wenn Sie demgegenüber unsere verminderte Wirtschaft betrachten, so wird Ihnen klar sein, wie unendlich schwer es sein wird, auch nur die bescheidensten Aufwendungen des Staates durchzuführen.

So sehr auch unser Herz dafür war, hier eine Besserung zu erreichen, so muss uns der Verstand im gegenwärtigen Augenblick sagen, dass wir mit dem Erreichten zufrieden sein müssen, weil eben nicht mehr zu erreichen ist.“⁴

Geeignet zur Übernahme eines Ministeramtes in einer bayerischen Regierung erschien Roßhaupter im Mai 1945 vor allem aufgrund seiner politischen Biografie.

Am 8. April 1878 wurde Albert Roßhaupter als Sohn kleiner Landwirtseheleute in Pillnach bei Regensburg geboren. Mit seinen Eltern zog er in frühester Kindheit nach München, wo er eine Ausbildung zum Lackierer erhalten und bei den Münchner Eisenbahnbetrieben Arbeit finden konnte.

Dort noch vor der Jahrhundertwende zum Sozialdemokraten geworden, engagierte er sich für den Süddeutschen Eisenbahnerverband, der für die bayerische SPD vor dem Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle spielte. Denn zum einen stellten die vielen Tausend Eisenbahnarbeiter im industriell sonst eher schwach geprägten Bayern ein großes Wählerreservoir für die SPD dar, das

⁴ Archiv des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, Sitzung vom 29.01.1947.

es gegenüber den christlichen Gewerkschaften zu verteidigen galt. Zum anderen waren die Eisenbahnarbeiter als zuverlässig bekannt und bestens organisiert, weshalb ihre Vertreter auch innerhalb der Partei über großen Einfluss verfügten.

Dies zeigte sich auch im Vorfeld zu den Landtagswahlen 1907, als die Eisenbahnergewerkschaft ihren Kandidaten, Albert Roßhaupter, gegen die ursprünglichen Pläne des bayerischen Parteivorstandes für den Wahlkreis München-Neuhausen durchsetzen konnte.

Roßhaupter gelang damit 1907 der Einzug in den Bayerischen Landtag, dem er bis 1933 angehören sollte. Als jüngster Abgeordneter der SPD übernahm er von Anfang an ein enormes Arbeitspensum. Über die Grenzen seiner Fraktion hinaus erwarb er sich dabei rasch den Ruf als äußerst tüchtiger und fachkundiger, meist sachlicher aber gelegentlich zum Zynismus neigender Analytiker. Die in der südbayerischen Parteiorganisation ohnehin verbreitete Geringschätzung parteitheoretischer Auseinandersetzungen, die nur die sinnvolle praktische Arbeit behindern würden, steigerte sich bei Roßhaupter zur profunden Ablehnung. In Fraktion und Partei galt er offenbar auch deshalb als regelrechter „Intellektuellenhasser“⁵, so Wilhelm Hoegner, der dies wohl auch selbst zu spüren bekommen hatte.

Die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit blieben in den Jahren bis 1933 Fragen des Verfassungs- und Wahlrechts sowie vor allem die Arbeitsverhältnisse und Löhne der Staatsarbeiter und unteren Beamten. Besondere Bedeutung maß er – als Mann der Gewerkschaften – stets dem Koalitionsrecht der Arbeiterschaft bei. Als die bayerische Regierung auf Druck der katholisch-konservativen Zentrumspartei im Herbst 1911 die sozialdemokratische Eisenbahnergewerkschaft in ihren Rechten einzuschränken versuchte, fand Roßhaupter im bayerischen Landtag deutliche Worte, vor allem

⁵ Hoegner, Wilhelm, Flucht vor Hitler, München 1979, S. 29.

weil einzelne Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverband schikaniert und entlassen worden waren:

„Das ist ein echt christliches Lumpenstücklein!

[SPD: Sehr richtig!]

[Große Unruhe rechts]

Anders kann man das nicht bezeichnen. Das zeigt eine Niedrigkeit der Gesinnung und des Charakters, die in das Grenzenlose geht, gezüchtet durch die Zentrumserziehung und durch die Erziehung der geistlichen Herren in den verschiedenen katholischen Vereinen.

[...]

Ich möchte [...] die Verkehrsverwaltung [...] gerade im Interesse des Staates vor einer weiteren Überspannung des Bogens warnen. Der Arbeiter wird heute in seiner Ehre am empfindlichsten dann verletzt, wenn er sich gewissermaßen auf Schritt und Tritt staatlich bevormundet findet, wenn er sich gewissermaßen als der gesellschaftliche Paria betrachten muss. Nach dieser Richtung hin, meine ich, könnten gerade die [Streiks] in England und in den letzten Tagen in Preußen der Regierung in Bayern ein warnendes Menetekel sein. Diese Vorgänge könnten der Regierung ein Beispiel dafür sein, dass sich die Arbeiter doch auf die Dauer, die Anerkennung ihres Koalitionsrechts, ihrer gesetzlichen Rechte, die Gleichberechtigung nicht vorenthalten lassen, dass es auf die Dauer nicht möglich ist, mit Gewalt die Bestrebungen der Arbeiterschaft unterdrücken zu wollen. Eine verständige und weise Regierung wird den Ansprüchen der Arbeiterschaft, insoweit es sich um deren gesetzliche und gesellschaftliche Rechte handelt, Rechnung tragen.

Ich schließe, in dem ich sage, der Herr Verkehrsminister hat auf der V. Europäischen Fahrplankonferenz, die in München tagte, mit Bezugnahme auf das Wort Napoleons „das Kaiserreich ist der Friede“ gesagt: „Die Eisenbahn ist der Friede“. Ich sage: „Die Organisation ist der Friede.“⁶

Durch seine enge Bindung an die Eisenbahnergewerkschaft blieb Roßhaupter innerhalb der südbayerischen Parteiorganisation relativ unabhängig und persönlich weniger eng als andere führende Genossen am bayerischen Parteivorsitzenden Georg von Vollmar orientiert. Wie etwa die Parteifunktionäre Johannes Timm oder Erhard Auer war allerdings auch

⁶ Bayerischer Landtag, Kammer der Abgeordneten, Stenographischer Bericht der Sitzung vom 25.10.1911, S. 412.

Roßhaupter von der grundsätzlichen Ausrichtung der Vollmarschen Politik überzeugt. Sie verband also die Überzeugung, dass sich die Sozialdemokraten nicht bis zum Zusammenbruch des bestehenden kapitalistischen Systems der Zusammenarbeit mit dem Staat verwehren durften. Eine Verweigerungspolitik, die von linken Parteikreisen propagiert, und vom Parteivorstand in Preußen und in der Reichspolitik praktiziert wurde. Vielmehr war auch Roßhaupter wie die führenden Parteivertreter in den süddeutschen Ländern der Meinung, dass sich nur durch Kooperation mit Staat und Behörden die Lebensverhältnisse der Unterprivilegierten in kleinen Schritten verbessern ließen.

Roßhaupters starke Stellung innerhalb der Landtagsfraktion schlug sich allerdings kaum in wichtigen Ämtern der Parteihierarchie nieder. Ab 1913 wirkte er lediglich als Vorstandsmitglied der Augsburger SPD und als Gemeindebevollmächtigter der Stadt. Daneben war er als Redakteur für die Parteipresse tätig: ab 1909 zunächst für das Eisenbahnverbandsorgan der ‚Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonalzeitung‘, ab 1913 dann für die SPD-Tageszeitung der ‚Schwäbischen Volkszeitung‘ und ab 1920 für das ‚Bayerische Wochenblatt‘, mit dem die SPD die ländlichen Wählerschichten zu erschließen versuchte.

Den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verstand Roßhaupter wie viele seiner Parteigenossen als Chance, den sozialdemokratischen Einfluss auf Staat und Gesellschaft zu intensivieren. Selbst engagierte er sich als führender Eisenbahnvertreter dafür, die Versorgung und Arbeitsverhältnisse an der sogenannten Heimatfront zu verbessern, und war auch bereit, 1915 Wehrdienst in Nordfrankreich zu leisten. Erst im Oktober 1918 stellte er die bei Kriegsausbruch eingeschlagene Burgfriedenspolitik der MSPD in Frage.

Nach seiner Rückkehr aus dem Feld arbeitete Roßhaupter zusammen mit den führenden Vertretern der MSPD in Bayern auf eine Reform der bayerischen Verfassung hin.

Als der politische Umsturz am 7. November 1918 aber schließlich trotz der Bemühungen um eine Lösung auf dem Reformwege erfolgte, war Roßhaupter dennoch bereit, als Minister für militärische Angelegenheiten im Revolutionskabinet Kurt Eisners Verantwortung zu übernehmen.

Sein Aufgabengebiet war hier durchaus heikel. Galt es doch die Rückführung der bayerischen Truppen in die Heimat und die Auflösung der militärischen Einheiten, die sogenannte Demobilmachung, zu koordinieren. Gleichzeitig war er zusammen mit Innenminister Auer für Fragen der Sicherheit zuständig und geriet damit im Ministerrat auch mehrmals mit Eisner aneinander. Roßhaupters Maxime war es, Ruhe und Ordnung sicherzustellen, um den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie zu gewährleisten, in der die Macht erstmals in der Geschichte Bayerns in Händen eines von allen Bürgerinnen und Bürgern gewählten Landtags liegen sollte.

Ähnlich wie seine Parteifreunde Erhard Auer und Johannes Timm wurde er damit zum Feindbild all jener, die in den Wintermonaten 1918/19 in den Münchner Straßen eine radikale Neuordnung der politischen Verhältnisse in Bayern forderten. Als am 21. Februar 1919 Kurt Eisner ermordet, und Erhard Auer im Bayerischen Landtag schwer verwundet wurden, musste Roßhaupter zunächst untertauchen.

Den beiden Kabinetten unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, die der kurzen aber heftigen Revolutionsphase in Bayern folgten, gehörte Roßhaupter deshalb nicht an.

Reduziert auf sein Landtagsmandat, gewann er im bayerischen Parlament an Profil und übernahm ab Juni 1926 den stellvertretenden Fraktionsvorsitz der SPD. Außerhalb des Parlaments war Roßhaupter gefragter Redner bei politischen Parteiveranstaltungen. Da große Versammlungsräume in der Stadt fehlten, fanden diese in den Weimarer Jahren in den Münchner Bierkellern statt – wie hier im Unionsbräu. In diesen sogenannten Bierpalästen wie auch im

Landtag setzte er sich besonders für die Lebensverhältnisse der wirtschaftlich schlechter gestellten ein, die gerade im Jahr der Hyperinflation unter großer Not zu leiden hatten. Am 23. Februar 1923 nahm er hierzu im Münchner Hackerkeller unter dem Titel „Volksverelendung, Aushungerung und Massensterben“ Stellung:

„Die Klagen [...] über die zunehmende Teuerung aller notwendigen Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs häufen sich immer mehr und der Mangel an diesen wichtigen Artikeln macht sich fühlbarer denn je. Die Klagen über Wucher und Schiebertum mehren sich von Tag zu Tag. Während das arbeitende Volk hungert und darbt, vergeudet und verprasst eine kleine Zahl das gesamt deutsche Volkswohl. Dem Wuchertum, dem Schiebertum kräftig entgegenzutreten, ferner den Mangel an Lebensmitteln zu beheben, das ist die erste und wichtigste Aufgabe der Regierung. [...] Worte haben wir von der Regierung genug gehört, nun wollen wir Taten sehen!“⁷

Auch gegen die Nationalsozialisten engagierte sich Roßhaupter in vielfacher Weise, allerdings ohne sich ähnlich offensiv zu exponieren wie sein Parteifreund Erhard Auer. Der von Auer aufgebauten paramilitärischen Selbstschutzorganisation und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold blieb Roßhaupter fern. Als politischer Redner bezog er gegen Hitler und dessen Partei aber sehr wohl, deutlich Stellung – ungeachtet der Gefahren, die damit verbunden waren.

Denn die Sozialdemokraten standen in Südbayern von Beginn der Weimarer Republik an im Fadenkreuz der Nationalsozialisten. Seit Mai 1920 kam es immer häufiger zu gewalttätigen Störungen sozialdemokratischer Veranstaltungen durch Anhänger der NSDAP. Mehrmals warfen Mitglieder der SA Sprengkörper in das Verlagsgebäude der ‚Münchner Post‘, des sozialdemokratischen Parteiorgans, beschmierten es mit Hakenkreuzen und bedrohten oder verprügelten Parteimitglieder, Parteifunktionäre und Landtagsabgeordnete. Im Juni 1921 war der USPD-Abgeordnete Karl Gareis einem Attentat zum Opfer gefallen, der MSPD-Abgeordnete Alwin Saenger auf

⁷ StAM, Pol. Dir. München 6883, Rede Roßhaupters im Münchner Hackerkeller am 23.02.1923.

dem Heimweg überfallen und brutal zusammengeschlagen worden. Mehrfach wurden Attentatspläne gegen den Exponenten der SPD in Südbayern, Erhard Auer, bekannt. Am 1. Mai 1923 waren die völkischen Verbände schwer bewaffnet – mit Maschinengewehren und Granatwerfern – auf dem Münchner Oberwiesenfeld aufmarschiert, um die Maiumzüge der SPD und der KPD zu verhindern. Im Münchner Stadtteil Neuhausen kam es am selben Tag zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden. Es waren auch diese Ereignisse, zu denen Roßhaupter am 12. Juni 1923, mehrmals unterbrochen von den Mitgliedern der NSDAP-Fraktion, im Bayerischen Landtag Stellung nahm:

„Und damit komme ich zu den Zuständen im Lande, im Lande von Ruhe und Ordnung, die ja die Regierung nach den Äußerungen des Herrn Ministers jederzeit aufrechtzuerhalten imstande war. Herr Kollege Dr. Samer hat gemeint, man solle in dieser ernsten Zeit sich in diesem Hause nicht über Wirtshausraufereien unterhalten. Ja, ich muss die Frage stellen: Sind denn die Ereignisse, die wir nun seit Monaten in Bayern zu verzeichnen haben, gleichzustellen mit einfachen Wirtshausraufereien, so dass natürlich das Parlament keine Veranlassung hätte, sich damit zu befassen? Oder sind nicht diese Ereignisse, wie wir sie nicht vereinzelt, sondern dutzendfach trotz der Versicherung von Ruhe und Ordnung im Lande zu verzeichnen haben, typische Beweise von einer geradezu grauenhaften Unordnung, wie sie sich in Bayern allmählich eingenistet hat? Ich frage den Herrn Minister: Hält er Vorfälle wie die in Feucht, in Sickershausen, in Mittelfeld usw. für einfache Wirtshausraufereien, mit denen sich das Parlament nicht zu beschäftigen hätte? [...] Der Herr Minister versucht sich darauf hinauszureden, dass diese Vorfälle in der Hauptsache zurückzuführen seien auf den Terror von links, der in diesen Versammlungen ausgeübt worden sei.

[...]

Ich könnte eingehen auf die geradezu skandalösen Vorfälle, die sich in München abgespielt haben, in Neuhausen usw., auf die Vorfälle, die sich heute noch tagtäglich in allen Straßenteilen Münchens abspielen, ohne dass die Polizei in der Lage oder wirklich willens wäre, mit entschiedenem Nachdruck einzugreifen, und wenn sie eingreift, nur dann eingreift, wenn sie gegen links entsprechend vorgehen kann. Vorgänge ähnlicher Art, wie sie sich hier in München tagtäglich abspielen, spielen sich von Zeit zu Zeit in allen Bezirken Bayerns ab, und da wagt man die Behauptung aufzustellen, Bayern sei das

ausgesprochene Land der Ruhe und Ordnung, sei die Ordnungszelle, wie man sie sich nur vorstellen kann.“⁸

In den folgenden Monaten kam es fast täglich zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Gezielt wurden Versammlungen der Linksparteien gestört und gewaltsam unterbrochen. Am 9. November 1923, beim sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch wurden das Gebäude der ‚Münchener Post‘ komplett verwüstet, die Stadträte von SPD, USPD und KPD als Geiseln genommen und mit dem Tode bedroht, bevor sie mit dem Scheitern des Putsches überraschend wieder frei und mit dem Schrecken davorkamen.

Einer kurzen Phase der wirtschaftlichen Erholung und politischen Entspannung folgte ab 1930 die Endphase der Weimarer Republik, in der die Wählerzahlen der NSDAP reichsweit in die Höhe schnellten, und erneut gewalttätige Auseinandersetzungen auch auf den Straßen der bayerischen Städte für die Sozialdemokraten zur Tagesordnung gehörten.

Mit der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar und der Übernahme der Regierungsgewalt in Bayern am 9. März 1933 hatten die Verteidiger der Republik den Kampf gegen die Nationalsozialisten verloren. Mit der Gleichschaltung Bayerns mussten die Sozialdemokraten mit ansehen wie ihre Einrichtungen von SA-Horden gestürmt und verwüstet wurden. Bewaffneter Widerstand, ohne dass sie von der bayerischen Regierung unterstützt würden, war für Roßhaupter wie für die gesamte Führung der bayerischen SPD keine Alternative. Am selben Tag begann die staatlich sanktionierte Verfolgung der Sozialdemokraten in Bayern. In zwei Verhaftungswellen wurden Mitte März führende Vertreter von Partei und Reichsbanner sowie der Arbeiterjugend in sogenannte Schutzhaft genommen.

⁸ Bayerischer Landtag, Stenographische Berichte, Sitzung vom 12.06.1923.

Danach flaute die Zahl der Verhaftungen zumindest in München zunächst ab. Viele Zeitgenossen und auch führende Sozialdemokraten hegten nun die Hoffnung, dass sich die Verhältnisse doch bald wieder normalisieren würden. Schließlich war im April 1933 nicht absehbar, zu welchen Greueln das neue Regime tatsächlich bereit sein würde. Als Zeichen für eine Beruhigung der Verhältnisse galt vielen, dass für den 28. April 1933 der Bayerische Landtag zusammentreten sollte. Für den folgenden Tag war hier die Debatte über das ‚Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich‘ angesetzt. Mit diesem Ermächtigungsgesetz sollte das Parlament der neuen Regierung umfassende Vollmachten einräumen.

Bereits am 24. März 1933 war das Gesetz im Deutschen Reichstag angenommen worden. Dagegen gestimmt hatte lediglich die SPD-Fraktion. Der Parteivorsitzende Otto Wels hatte in seiner Begründung für die Sozialdemokraten deutlich Kritik an den Inhaftierungen und den Gewaltmaßnahmen gegen die Gegner der Nationalsozialisten geübt – zugleich aber die konstruktive Mitarbeit seiner Partei bei einer Rückkehr auf den Kurs der Legitimität in Aussicht gestellt.

Für die bayerischen Sozialdemokraten hatten Wilhelm Hoegner und Erhard Auer eine Rede erarbeitet, die die ablehnende Haltung ihrer Partei zum Gesetzesvorhaben der NSDAP und deren Gewaltmaßnahmen begründen sollte. Dabei sollte den neuen Machthabern möglichst kein Anlass für weitere Sanktionen gegen die Sozialdemokraten gegeben werden, zugleich aber die Kritik am Ermächtigungsgesetz und den Schutzhaftmaßnahmen deutlich zum Ausdruck kommen.

Dieser rhetorischen Gratwanderung war der bisherige Vorsitzende der Fraktion, Johannes Timm – 67-jährig und gesundheitlich schwer angeschlagen – offenbar nicht mehr gewachsen. So fiel diese Aufgabe nun Albert Roßhaupter zu, der mit

Zusammentritt des Landtags vom Amt des Stellvertreters zum Fraktionsvorsitzenden aufgerückt war.

Am 29. April 1933, der letzten Sitzung des Bayerischen Landtags vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, trat Roßhaupter ans Rednerpult und führte „mit nachdrücklicher, fast herausfordernder Stimme“⁹ aus:

„Meine Frauen und Herren! Für die sozialdemokratische Fraktion des Landtags habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Regierung verfügt im Landtag über eine ausreichende Mehrheit. Wir halten deshalb ein Ermächtigungsgesetz für überflüssig und können ihm auch aus unserer grundsätzlichen Überzeugung nicht zustimmen.

[Zuruf NSDAP]

Die bayerische Sozialdemokratie ist seit März 1920 in keiner bayerischen Regierung mehr vertreten gewesen.

[Zuruf NSDAP]

Wir lassen uns nicht für Taten oder Unterlassungen ausgesprochener Rechtsregierungen verantwortlich machen. Was wir aber als Wortführer einer sachlichen Opposition beantragt und gefordert haben, dazu stehen wir. In der furchtbaren Lage von Volk und Reich betrachten wir es als unsere Aufgabe, die Regierungsarbeit nicht durch kleinliche Nörgelei zu erschweren, sondern pflichtbewusst, wie bisher, an der Überwindung der Weltwirtschaftskrise mitzuarbeiten.

[...]

Bayern ist seit uralten Zeiten ein demokratisches Land. Nirgends wird die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und der freien Meinung in Wort und Schrift vom Volke bitterer empfunden wie bei uns. Bis jetzt hat die neue Staatsregierung diesem Volksempfinden nicht Rechnung getragen. Insbesondere befinden sich Hunderte unserer Anhänger noch in Schutzhaft. Darunter sind viele Männer, die sich als Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Vorkämpfer gegen Bolschewismus und Separatismus...

[Zuruf NSDAP]

[SPD: Sehr richtig!]

⁹ Hoegner, Wilhelm, Flucht vor Hitler, München 1977, S. 175.

... die höchsten Verdienste um Volk und Vaterland erworben haben. Wir halten die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten für eine absolute Notwendigkeit. Unsere Partei hat 70 Jahre lang für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Arbeiterstandes und für die auch in der Regierungserklärung geforderte Eingliederung des Arbeiters in die Volksgemeinschaft gekämpft.

[Zuruf NSDAP]

Eine Partei mit dieser Vergangenheit kann man mit Zwangsgewalt vorübergehend unterdrücken, man darf aber von ihren überzeugten Anhängern nicht erwarten, dass sie feige...

[Zuruf NSDAP]

... ihre Fahne verraten. Wir fordern deshalb von jedem Regierungssystem die Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung. Das politische Schlachtenglück wechselt. Keines Menschen Werk ist von ewigem Bestand. Unvergänglich sind allein die großen Ideen, die sich die Menschheit in jahrtausendealten Erfahrungen geschaffen hat, in denen sie den Bürgen für den Kulturfortschritt der Völker erblickt. Zu diesen Ideen gehören staatsbürgerliche Freiheit und gleichmäßige Gerechtigkeit. Kein Volk, am wenigsten das deutsche, kann sich von diesen Leitsternen lossagen, ohne schwersten Schaden zu nehmen. Wir wünschen und erwarten, dass sich auch die gegenwärtige bayerische Staatsregierung dieser Erkenntnis nicht verschließt und dann der Erkenntnis die notwendige befreiende Tat folgen lässt.“¹⁰

Für Roßhaupter wie für viele andere Sozialdemokraten blieb sein Engagement für den Erhalt der Republik und gegen die Nationalsozialisten nicht ohne Folgen. Am 22. Juni 1933 wurde er in Schutzhaft genommen und zunächst in der Haftanstalt Fürstenfeldbruck, ab September 1933 dann im KZ Dachau inhaftiert. Im März 1934 kam er frei, musste sich aber wöchentlich bei der Polizeistation in seinem Wohnort Olching bei München melden. Weil er keiner regulären Arbeit nachgehen durfte, musste er sich und seine Familie mit dem Verkauf von Gemüse durchbringen, das er in seinem Garten zog und zu Fuß nach München brachte. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er nochmals für mehrere Monate, bis Weihnachten 1944, im KZ Dachau inhaftiert.

¹⁰ Bayerischer Landtag, Stenographische Berichte, Sitzung vom 29.04.1933.

Nach dem Sieg der Alliierten über den NS-Staat konnte Roßhaupter seine politische Karriere, wie eingangs dargestellt, fortsetzen. Neben seinem Amt als Arbeitsminister war er an der Erarbeitung der Bayerischen Verfassung beteiligt. Als er mit der Bildung des zweiten Kabinetts Ehard am 20. September 1947 aus der Regierung schied, wurde er Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn und arbeitete am Deutschen Grundgesetz mit.

Am 14. Dezember 1949 starb Albert Roßhaupter. Verdient hätte er es wohl, so in Erinnerung zu bleiben, wie es Ministerpräsident Hans Ehard bei Roßhaupters Verabschiedung aus dem Kabinett im Bayerischen Landtag formuliert hatte:

„Mit Minister Roßhaupter scheidet ein Mann aus der Regierung, dessen Name eng mit der neuen bayerischen Geschichte verbunden ist. Immer wenn es am schlimmsten war in unserem bayerischen Vaterlande, nämlich in den Zusammenbrüchen, die den beiden verlorenen Kriegen folgten, ist er in die Bresche gesprungen und hat er vorbildlich seinen Mann gestellt.“¹¹

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

¹¹ Archiv des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, Sitzung vom 20.09.1947.